



Die zurückliegenden Jahre waren für die GEW-Hamburg gekennzeichnet von Kampagnen, die über jeweils längere Zeiträume viele Kolleginnen und Kollegen aktiv getragen haben. Zunächst der Volksentscheid für „Eine Schule für Alle“, dann der Einsatz für Altersentlastung älterer Lehrkräfte an den Schulen und schließlich seit Mitte 2010 der Kampf gegen die Streichung/Kürzung des Weihnachtsgelds für BeamtInnen haben viel Kraft gekostet. Immer waren diese Kampagnen vorbereitet durch gründliche Debatten und Beschlüsse unter den Mitgliedern der GEW, und viele KollegInnen haben sich daran beteiligt. Dabei war immer wichtig, jeden folgenden Schritt gemeinsam abzustimmen und Chancen und Risiken einzuschätzen.

Die Ergebnisse unserer Kampagnen waren nie 100%ige Erfolge, manchmal wichtige Teilerfolge, aber auch schmerzliche Rückschläge. In allen diesen Aktionen war aber klar, dass ohne unsere Demonstrationen, Streiks, Proteste und die Öffentlichkeitsarbeit weniger erreicht worden wäre – das gilt auch für die Kampagne gegen die Streichung des Weihnachtsgelds.

Das wird auch von unseren Kolleginnen und Kollegen so gesehen: Seit einigen Jahren steigen unsere Mitgliederzahlen permanent an und heute haben wir den besten Mitgliederstand seit 15 Jahren! Gerade in Zeiten, in denen Erfolge immer schwerer zu erreichen sind, merken viele Beschäftigte im Bildungs-

bereich, dass ohne Gewerkschaft erst recht nichts geht.

Wir machen also weiter auf dem eingeschlagenen Weg, die bildungspolitischen Zielsetzungen unserer Gewerkschaft mit den Interessen der Beschäftigten an ihren Arbeitsplätzen zu verknüpfen, denn beides gehört ganz eng zusammen.

Das sehen wir gegenwärtig ganz besonders deutlich bei der Umsetzung der Inklusion an den Schulen und auch bei der ganz-tägigen Bildung und Betreuung an Grundschulen. Beides sind bildungspolitisch sinnvolle Vorhaben, die die GEW seit langem fordert und grundsätzlich unterstützt – beides sind aber auch Baustellen, bei denen der Erfolg unmittelbar und entscheidend davon abhängt, wie diese Reformen umgesetzt werden. Und hier spielt die Ressourcenfrage die entscheidende Rolle. An der personellen und sachlichen Ausstattung von Inklusion wie von Ganztagschule zeigt sich, dass Lernbedingungen für die Schüler und Schülerinnen und Arbeitsbedingungen für das Personal zwei

Klaus Bullan

Ausblick aufs neue Jahr

Seiten einer Medaille sind.

Leider gilt für diesen Senat die überholte Parole: Geiz ist geil. Billiglösungen sowohl bei der Inklusion als auch bei der Ganztagschule werden favorisiert. Auf der Strecke bleiben die Bedürfnisse der Kinder und der Beschäftigten. (Siehe die Artikel in dieser hlz)

Die Schuldenbremse ist das Mantra, das gebetsmühlenartig verkündet wird. Sie führt zu Personalabbau im öffentlichen Dienst, – auch bei der Bildung – Einkommenskürzungen und unzureichenden Lern- und Arbeitsbedingungen an den Bildungseinrichtungen. Das kann verhindert werden, wenn die steuerpolitischen Vorschläge der

GEW realisiert werden: Höhere Steuern auf hohe Einkommen, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuerreform, Finanztransaktionssteuer und besserer Steuervollzug sind die Maßnahmen, die helfen können. Dafür gilt es im kommenden Jahr massiv einzutreten: Die Schrumpfung der öffentlichen Bereiche ist kein Schicksal, sondern eine politische Entscheidung, die durch politische Entscheidungen leicht zu ändern ist. Dazu braucht es nur den Willen der Entscheidungsträger in Bund und Ländern.

Wir werden in den kommenden Monaten in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eine breite Debatte darüber organisieren, welche Belastungen es konkret vor Ort sind, die die Arbeit und die Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen besonders gefährden. Aus den Ergebnissen werden wir dann eine öffentlichkeitswirksame Kampagne ableiten und unsere wichtigsten Forderungen entwickeln und für ihre Verwirklichung kämpfen. Viele KollegInnen an den Schulen z.B. sehen nicht,

dass die Schulinspektion bei diesen Fragestellungen hilfreich ist, was aber aus unserer Sicht eine wichtige Aufgabe wäre, wenn es um Qualität geht.

Vorschläge, wie sie jetzt öffentlich diskutiert werden, die Schulinspektionsergebnisse für ein öffentliches Ranking zu nutzen und daran eine freie Schulwahl zu knüpfen, tragen aus Sicht der GEW jedenfalls nichts zur Verbesserung der Belastungssituation an den Schulen bei, verbessern folglich die Schulqualität nicht, sondern führen zu einer weiteren Segregation des Schulwesens in Hamburg, was die Belastungen für viele SchülerInnen und viele Schulen zusätzlich erhöhen wird.